

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus...

Die werbepolitische Korrespondenz oder deren Raum kostet 4.- M. einschließlich... Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationaler Protest gegen den Habsburgerputsch

Gemeinsame Erklärung der sozialdemokratischen Parteivorstände Deutschlands, der Tschechoslowakei und Oesterreichs

Angeichts der wachsenden Bedrohung der republikanischen Verfassung durch die monarchistische Konterrevolution haben die Parteivorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs, der Tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschecho-slowakischen Republik, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich auf folgende Erklärung geeinigt:

Das gemeinsame Interesse des gesamten Proletariats der deutschen Republik, der Tschechoslowakei und Oesterreichs gebietet die Aufrechterhaltung und Sicherung der republikanischen Staatsform in diesen Ländern mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln.

Sie erwarten andererseits, daß die arbeitenden Klassen selbst die ganze Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation bereithalten, um sich gegen die Wiederkehr der mit dem Glücke des Krieges belasteten

Dynastien und gegen die Wiederaufrichtung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung zur Wehr zu setzen.

Die unterzeichneten Parteileitungen werden zu einer ständigen Abwehr miteinander in ständiger Fühlung bleiben. Sie richten zugleich an alle sozialistischen und Arbeiterparteien der Welt den Appell, das Proletariat der zunächst bedrohten Länder in seinem Verteidigungskampfe zu unterstützen, und erinnern insbesondere die Parteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens an ihre erhöhte Verantwortlichkeit, da offensichtlich diese Restaurationsversuche von der offiziellen und inoffiziellen Politik ihrer herrschenden Klassen getragen sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-Oesterreichs Karl Seih Ferdinand Skaret

Tschecho-slowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei Anton Nemec Jaroslav Afer

Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschecho-slowakischen Republik Dr. Ludwig Czech Karl Czermak

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Hermann Müller Otto Wels

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands Arthur Crispian Georg Ledebour

Tragikomödie

Unsere Demokraten sind nicht nur Leute von stolzem Nationalbewußtsein, die, wenn Deutschland eine Unbill angetan wird, unbesümmert um das, was danach kommt, die eigene Regierung stürzen, sie sind auch überaus geschickte Leute, die einen genialen Ausweg aus den Verlegenheiten der Krisis zu finden wissen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat nämlich in dem Gefühl, daß die Welt eine Tat von ihr erwarte, gestern eine Resolution angenommen, in der nach dem üblichen Protest gegen die Entscheidung des Obersten Rates verfaßt wird:

Da Deutschland weder die Macht noch die Mittel hat, dieses Diktat abzuwehren, erhebt sich die Frage, ob Deutschland sich an Verhandlungen über einzelne Bestimmungen durch Vertreter seiner Interessen beteiligen soll. Dies könnte, wenn überhaupt, nur dann geschehen, wenn Vorsorge getroffen wird, daß hierdurch der Diktatscharakter der Entscheidung nicht verwischt wird und die deutsche Rechtsverwahrung aufrechterhalten bleibt.

Doch diese Resolution ist mehr als eine Resolution. Sie soll zugleich eine Brücke über das scheinbar so tiefe Wasser bilden, das in den letzten Tagen das demokratische von dem volksparteilichen Königslande trennte. Die Deutsche Volkspartei hatte am Sonnabend ihrem Beschluß, das oberösterreichische Diktat nicht anzuerkennen, die authentische Interpretation folgen lassen, daß damit auch die Ablehnung der Entsendung eines Kommissars zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen ausgesprochen sei.

Vor allem aber möchten sie ihre heisse Sehnsucht nach der Volkspartei befriedigen, und da diese, in der Ueberzeugung, daß man ihr kommen wird, die Spröde spielt, soll ihr mit allen Mitteln der Entschluß zum Eintritt in das Kabinett erleichtert werden. Wenn sie das Wortum des Obersten Rates nicht anerkennen will, nun schön, aber sie kann doch ruhig der Ernennung der Kommissare zustimmen, wenn dadurch die deutsche Rechtsverwahrung aufrechterhalten bleibt.

Und die Stresemänner, denen die Luft der Regierungsfleischstücke schon lieblich in die Nase gestiegen ist, scheinen nicht abgeneigt, die von spießhündigen Juristen konstruierte Brücke zu betreten. Sie legen ihre Auslegung vom Sonnabend erneut aus. Sie hätten nicht sagen wollen, daß sie die Bestellung der Kommissare „unter allen Umständen“ ablehnten. Unter gewissen Voraussetzungen seien sie bereit. Die „Deutsche Zeitung“ nennt das einen Rückzug. Als ob den Nachfolgern der alten Nationalliberalen das etwas ausmache! Auf einen Rückzug und auf einen Umfall mehr oder weniger kommt es ihnen doch wahrhaftig nicht an.

Nun hätten wir nur einen Wunsch, den nämlich, dabei zu sein, wenn in Paris die Anfrage der unter Protest zu entsendenden Kommissare eintrifft. Das Hohngelächter über diese Politik der vollendetsten Unfähigkeit möchten wir mit anhören. Es ist gerade der richtige Moment, der Entente nahezufragen, Deutschland irgendwelche Zugeständnisse zu machen, damit die Demokraten und die Deutsche Volkspartei schneller zusammenkommen können.

Man sagt sich an den Kopf, wie es denn möglich ist, daß Leute, die sich nicht nur selbst für politische Führer halten, sondern auch noch von anderen als solche estimiert werden, eine derartig hirnverbrannte Idee überhaupt zur Diskussion stellen können.

Fast entsteht der Eindruck, als ob sie die Note der Vorkonferenz vom 20. Oktober gar nicht gelesen hätten. Darin heißt es wörtlich:

„Die deutsche Regierung muß sich auch voll dessen bewußt werden, daß die Alliierten Mächte die Entscheidung als ein einheitliches Ganzes betrachten und daß sie sich entschlossen sind, keinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen. In dem Maße, daß die beteiligten Regierungen oder eine von ihnen, sich aus irgendeinem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zu einem Teile anzunehmen, oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie der lokalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen bestrebt ist, beabsichtigen die Alliierten Mächte in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens notwendig ist, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu beschleunigen.“

Der Bürgerkrieg in Ungarn

Karl gefangen

Budapest, 24. Oktober.

Nachricht des ungar. Korrespondenz-Bureau. Nach einem neuerlichen Secht wurden die Anführer zerhackt. Ihre Führer schickten und überließen die Sorge für die Sicherheit der Person des Königs den Regierungstruppen. König Karl wurde unter den härtesten Formen der Obhut des Obersten Simonsalov der Nationalarmee anvertraut.

Die Vorkonferenz gegen Karl

11. Paris, 24. Oktober.

Die Vorkonferenz hat heute morgen eine Sitzung abgehalten. Sie hat beschlossen, den alliierten Vertretern in Budapest Instruktionen zu übersenden, um sofort von der ungarischen Regierung zu verlangen, daß sie den Erzönig als abgelehnt proklamiert, sich seiner Person bemächtigt und ihn zwingen wird, Ungarn unter den Bedingungen zu verlassen, die von den alliierten Regierungen festgesetzt werden.

Der Dementierapparat

Paris, 24. Oktober.

Havas erklärt, von zuständiger Seite werde das Bestehen irgendwelchen Abkommens zwischen Italien und Ungarn über die Wiedereröffnung Karls dementiert. Noch entscheidender werde in Abrede gestellt, daß irgendein Abkommen, an dem Italien beteiligt sei, sich gegen andere Mächte richte.

Dunkel ist hier der Rede Sinn. Es wird in der offiziellen Havas-Note nicht bestritten, daß der Erzönig Karl mit französischen Regierungskreisen in Fühlung trat und, unter bestimmten Zusicherungen, um Frankreichs Unterstützung nachsuchte. Es wird ferner nicht bestritten, daß die ganze Haltung der Entente, insbesondere Italiens, in der westungarischen Frage den Habsburger und die hinter ihm stehenden Monarchistenkreise zu ihrem verbrecherischen Vor-

gehen direkt animieren mußte. Jetzt, nachdem der Brand entzündet ist, der Mittel- und Südosteuropa zu einer Katastrophe treiben kann, waschen die Herren Diplomaten ihre Hände in Unschuld. Die Arbeitermassen dürfen sich durch dieses heuchlerische Spiel nicht täuschen lassen, sondern müssen überall jene Staatsmänner, die das neue Monarchistenabenteuer direkt oder indirekt gefördert haben, zur schärfsten Verantwortung ziehen.

Ein ungarisches Geständnis

D. A. Wien, 24. Oktober.

Die ungarische Legitimistenpartei erklärt eine Erklärung, in der es heißt, daß König Karl jetzt in Ungarn erschienen sei, weil das ungarische Volk eine Wiedergewinnung Lebendburgs mit seiner näheren Umgebung als effektiven Erfolg der karlistischen Politik betrachtet. Die militärische Aktion in Westungarn sei unter der Fahne König Karls von legitimen Truppen und Königsfreiwilligen ausgeführt worden.

Zusar über die Lage in Ungarn

Der ehemalige tschechoslowakische Ministerpräsident und derzeitige Gesandte der tschechoslowakischen Republik in Berlin, Tuszar, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter der „Ei-Europe“ unter anderem folgendes:

Ganz Europa mühte über diesen neuen Streich des Erzaisers Karl auf höchste Empörung. Die Situation ist klar: Karl muß abermals aus Ungarn verschwinden. Aber diesmal wird es nicht mehr bei der bloßen Abreise des Kaisers bleiben: Damit können sich die Nachbarstaaten nicht mehr begnügen. Sie können es nicht mehr darauf ankommen lassen, alle paar Monate aus dem Prozeß der Konsolidierung und aus erspriesslicher Friedensarbeit gerissen zu werden. Diesmal werden sie die Abweisung Ungarns fordern und durchsetzen, und sie werden auf der Durchführung des Vertrages von Trianon bis in die letzten Konsequenzen beharren. Sie müssen sich schämen. Die tschechoslowakische Regierung betrachtet ebenso wie ihre Verbündeten die Wiederherstellung der Habsburger als Casus belli (Kriegsfall). Das hat sie früher erklärt und weicht von dieser Auffassung nicht ab.

lehere Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die nötige Durchführung ihrer Entscheidung sicherzustellen."

Wenn die Botschafterkonferenz sehr höflich ist, wird sie auf diesen Passus noch einmal hinweisen und dazu bemerken, daß er an Deutlichkeit ja wohl nichts zu wünschen übrig lasse. Die deutsche Regierung hat annehmen oder abzulehnen und im Falle der Annahme innerhalb acht Tagen, vom 20. Oktober an gerechnet, ihre Delegierten für die Kommission zu bestellen, die unter Zugrundelegung der von der Entente formulierten Bestimmungen mit den Vertretern Polens und der Interalliierten Kommission ein Wirtschaftsabkommen über Oberschlesien treffen soll. Sie kann weder erklären, daß die Bestimmung der Delegierten keine Annahme der Vorschriften bedeute, noch kann sie ihre Abgesandten, wie es die demokratische Resolution will, nur zu Verhandlungen über einzelne Bestimmungen benohtmächtigen. Die Situation ist so klar, als daß sie durch die juristischen Kunststücke der in Verlegenheit geratenen Ministerkürzer zu verdukeln wäre.

Die tödlichen Bemühungen der bürgerlichen Parteien, den verfahrenen Karren wieder ins Geleis zu bringen, könnten uns fast heiter stimmen, wenn die ganze Sache nicht so überaus ernst wäre. Da sitzt man und vertut Stunden und Tage mit der Beratung über blöde Einfälle irgendwelcher Oberschlesien. Dabei nähern wir uns dem Ablauf der gesetzten Frist. Dabei marschieren der Habsburger gegen Budapest und bedroht ganz Mitteleuropa mit neuen schweren Erschütterungen. Statt einer aktionsfähigen Regierung lenken impotente Politikafter die Geschicke der deutschen Republik, die schon ein zähes Leben haben muß, wenn sie an diesen Experimenten nicht zugrunde geht.

Unter solchen Umständen können wir nur den Antrag der Deutschnationalen unterstützen, die den sofortigen Zusammentritt des Reichstages fordern. Sie folgen damit unseren Spüren, aber es handelt sich jetzt nicht darum, Prioritätsrechte geltend zu machen und die Motive zu untersuchen, sondern darum, die deutsche Politik aus der Stille der Fraktionszimmer vor das Forum der Volkserrettung zu bringen. Es darf nicht dahin kommen, daß der Termin verläuft und über in der letzten Minute vor Loresschluß Entschlüsse gefaßt werden.

Es muß auch verhindert werden, daß irgendeine in der Eile zusammengeraffte Koalition den Kommissar ernannt, um dann hinterher die Türen der Regierung für eine Partei zu öffnen, die Bedenken trug, die Verantwortung für den ersten Schritt zu übernehmen und es sich nun angelegen sein lassen wird, die weiteren Schritte durch passive Widerstand zu sabotieren.

Soll der Reichstag nicht zum Gespött der Welt werden, so muß er der traurigen Bosse, die von den bürgerlichen Krisenmachern und Verräterjägern aufgeführt wird, ein schleuniges Ende bereiten.

## Noch immer „breite Koalition“?

Wir erhalten in später Stunde nachstehende Meldung: Der Reichspräsident hatte Montag nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei über die Frage der Bildung einer Koalition dieser Parteien. In den mehrestündigen Verhandlungen ergab sich in der obereschlesischen Frage die Aussicht einer Verständigung, während in Sachen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Fraktionsvorsitzenden erklärten, über das Ergebnis dieser Besprechung zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechungen beim Reichspräsidenten werden heute fortgesetzt werden; ein Ergebnis ist erst im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Die Meldung scheint auf einen Umfall der Demokraten und der Deutschen Volkspartei hinzuweisen. Starke Strömungen, die auch in einem Teil der Presse dieser Parteien zum Ausdruck gelangen, zeigen die Gründe zu einem solchen Umfall an. Die politische Blamage dieser Parteien wäre damit allerdings auf einen Gipfelpunkt gelangt.

## Anfrage an die Demokraten

In parlamentarischen Kreisen wird berichtet, daß zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei ein förmliches Uebereinkommen abgeschlossen worden ist, in dem sich die Demokraten verpflichten, auf keinen Fall ohne die Deutsche Volkspartei an einer Regierung teilzunehmen. Für die Deutsche Volkspartei hätten die Herren Stresemann und Klemke, für die Demokraten die Herren Petersen und Koch ihre Unterschrift unter das Schriftstück gesetzt.

Es braucht nicht hinzugefügt zu werden, daß das Verhalten beider Parteien sowie die Separatverhandlungen, die sie in den letzten Tagen geführt haben, diese Mitteilungen als durchaus begründet erscheinen lassen. Es handelt sich um ein Stück jener miserablen Geheimdiplomatie, die das Ministerium Wirth hinterläßt zu Fall brachte und gleichzeitig den Reichstag von der Entscheidung ausschloß. Daß Dr. Koch es dem Ministerium Wirth nicht verzeihen kann, daß er nicht mehr Minister des Innern ist, und nur ein Ministerium, in dem er selbst sitzt, für unterstützungswert hält, ist ja bekannt. Die Deutsch-Demokratische Partei wird aber nicht umhin können, auch öffentlich zu sagen, welche Bewandnis es mit diesem sauberen Pakt hat.

## Dressfestimmen zur Regierungskrise

Im „Vorwärts“ erinnert Friedrich Stampfer an die Zeiten, in der man in Deutschland die Freiheitskämpfe der Polen deubelte und er meint, daß das deutsche Volk kein Interesse daran habe, von Betrütern umgeben zu sein, an deren Kol es sich weide. Wenn es wieder hoch kommen sollte, brauche es wohlhabende Nachbarn, mit denen es in regem wirtschaftlichen Verkehr stehe. Er fragt schließlich, ob wir unsere Liebe zu Oberschlesien dadurch beweisen wollen, daß wir ruhig zusehen, wie es verdirbt, nachdem es zerrissen worden sei.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Theodor Wolff ein neues Feuilleton über sein Thema, daß die deutsche Arbeit nicht den polnischen, französischen und tschechischen Erben das Bett sauber zurechtmachen und den polnischen Staat füttern dürfe, dessen Abmagerung uns, seit dem Genfer Spruche, nur erwünscht sein könne. Wolffs Hausgenosse Otto Kuschke, der Chefredakteur der „Volkzeitung“, ist anderer Meinung. Schon in der Sonntagausgabe hat er verlangt, daß die Verhandlungen mit Polen so nuhbringend für die deutschen Oberschlesier zu gestalten, als das unter den gegebenen Verhältnissen möglich sei. In der gestrigen Abendausgabe seines Blattes wendet er sich

# An das deutsche Proletariat!

Die kapitalistischen Parteien treiben ein triviales Spiel mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes. Sie haben eine Regierungskrise heraufbeschworen und das Kabinett Wirth gestürzt.

Worum mußte das Kabinett Wirth zurücktreten?

Ungeblüht wegen der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien. Das ist nur ein Vorwand.

Demokraten und ein Teil des Zentrums haben die Regierungskoalition gesprengt, weil sie die Lasten aus dem Londoner Ultimatum nicht den bestehenden Klassen mitauflegen wollen. Sie sträuben sich gegen die unumgänglich notwendige Erfassung der Goldwerte, durch die endlich den Kapitalisten und Kriegsgewinnlern fühlbar gemacht würde, wohin ihre imperialistische Kriegspolitik geführt hat. Sie wollen die Kasse der Regierung nach rechts verschieben und die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufnehmen, um mit deren Hilfe die Steuerfabrikation durchzuführen.

Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen streben nach demselben Ziel und hoffen so die

Grundlage für eine allgemeine reaktionäre Politik

zu gewinnen.

Den bürgerlichen Parteien der bisherigen Koalition ist ihr Streben nach dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei außerordentlich erleichtert worden durch den Görlitzer Parteitag. Dort haben die Rechtssozialisten ebenfalls ihre Bereitwilligkeit, die Koalition bis auf die Deutsche Volkspartei auszudehnen, unverhüllt zum Ausdruck gebracht. Die in Görlitz gefaßte Resolution sowie dort gehaltenen Reden haben die geschlossene Front der Arbeiter zum Schutze der Republik erschüttert, die bürgerlichen Parteien in ihren reaktionären Bestrebungen ermutigt und gleichzeitig die Möglichkeiten zu der Katastrophopolitik, wie sie durch die Einleitung der gegenwärtigen Krise zum Ausdruck gekommen ist, geschaffen.

Die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien wird nun benutzt, um mit Hilfe der neu aufgepeitschten nationalistischen Instinkte

die wahren Ursachen der Regierungskrise und die Absichten der kapitalistischen Parteien zu verschleiern.

Die Entscheidung über Oberschlesien beweist die Unmöglichkeit, die Nationalitätenfrage, die aufs engste mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen verknüpft ist, mit imperialistischer Gewalt zu lösen.

Durch das obereschlesische Wirtschaftsgebiet ist eine politische Grenze gezogen, und zu gleicher Zeit wird von Deutschland und Polen verlangt, sich über eine einheitliche Wirtschaftsorganisation der voneinander getrennten Gebiete zu verständigen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist sich vollkommen klar über die verhängnisvollen Wirkungen, die daraus für das deutsche Wirtschaftsleben erwachsen. Sie denkt nach wie vor nicht daran, den Friedensvertrag und seine Anwendung zu rechtfertigen oder zu billigen, da sie jede imperialistische Gewaltpolitik verurteilt. Sie ist aber nicht minder davon überzeugt, daß eine

Berlin, den 24. Oktober 1921.

## Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

gegen den törichten Versuch, die Deutsche Volkspartei in die Regierung einzubestehen.

In der „Bolschewistischen Zeitung“ sagt der Chefredakteur Georg Bernhardt, daß Oberschlesien politisch verloren sei, aber es sei wirtschaftlich vielleicht noch zu retten. Er fährt fort: „Und es kann gar nicht deutlich genug gesagt werden, daß im gegenwärtigen Augenblick nicht verhandeln einfach bedeutet, die obereschlesischen Volksgenossen hilflos zu lassen und ins politische Chaos hineinzustürzen. Das ist ein Verrat an Deutschlands Zukunft.“

Die „Germania“ fordert die demokratischen Kreise, die jetzt die Deutsche Volkspartei gewinnen wollen, auf, sie möchten doch diese Partei fragen, ob sie bereit sein wird, wie das Zentrum es getan habe, parteipolitische Opfer zu bringen. Man könne von der Zentrumspartei nicht verlangen, daß sie sich immer wieder allein opfere. Werden die anderen Mittelparteien nie lernen, auch dann an das Ganze zu denken, wenn es für sie selbst gefährlich erscheint?

Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß die Deutschnationalen, deren Kriegspolitik die alleinige Schuld daran trägt, daß Deutschland in die jetzige Lage gekommen ist, jetzt wieder am lautesten nach „Aktivität“ schreien. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, „unser Feinde“ mühten endlich zur Erkenntnis gebracht werden, daß Deutschland sich weitere Vergewaltigungen nicht mehr widerstandslos gefallen lasse. Und Herr Reinhold Wulle meint in seinem Blättchen gar, daß wir den Versuch zu machen hätten, „vom Ueberleben zum Handeln zu schreiten“. Das deutsche Volk brauche nur eine Nervenprobe zu bestehen, dann werde sich alles zum Besten wenden. Es wäre freilich schlimm, wenn das deutsche Volk auf die Worte von Karren solcher Art jetzt hören würde!

## Monarchistisches Treiben in Bayern

In der Berliner Börse waren gestern Gerüchte verbreitet, daß die bayerischen Monarchisten einen Putschversuch unternommen und das Königtum ausgerufen hätten. Wie sich aus der nachfolgenden Meldung unseres Korrespondenten ergibt, ist es bisher noch nicht dazu gekommen.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 24. Oktober.

In den Kreisen der bayerischen Deutschnationalen heurteilt man den Putsch Karls mit sehr gemäßigten Empfindungen. Obwohl man ihn um des monarchistischen Prinzips willen begrüßt, will man von der Person Karls nichts wissen, weil man ihn für eine Schachfigur französischer Politik hält, dagegen hätte man gegen die Thronbesteigung eines anderen Habsburgers nichts

## Revision des Friedensvertrages

nicht durch aktiven oder passiven Widerstand, hinter dem neue Konflikte lauern, sondern, solange die internationale Arbeiterklasse nicht die Macht hat, eine Lösung der Streitfrage im sozialistischen Sinne durchzusetzen, nur herbeigeführt werden kann durch eine Politik des Wiederaufbaues und der internationalen Verständigung, insbesondere mit Polen.

Gegenüber den Versuchen der Nationalisten, die Regierung Wirth für die Entscheidung über Oberschlesien verantwortlich zu machen, wiederholt die Unabhängige Sozialdemokratie unausgesetzt, daß auch diese Entscheidung die notwendige Folge des verlorenen imperialistischen Krieges ist.

Die Parteien, die für Krieg und Zusammenbruch verantwortlich sind, sind belastet auch mit der

## Schuld an dem Frieden von Versailles

und an dem Verlust wirtschaftlich wertvoller Gebiete Oberschlesiens. Daß Deutschland den Friedensvertrag und das Ultimatum unterzeichnete, war die unvermeidliche Folge der kapitalistischen und militaristischen Kriegspolitik. Die aufgezwungene Unterzeichnung verpflichtete es zur loyalen Erfüllung des Friedensvertrages. Diese harten Tatsachen machten es von vornherein wahrscheinlich, daß Oberschlesien nicht ungeteilt bei Deutschland bleiben würde. Gleichwohl haben die bürgerlichen Parteien, und nicht minder die Rechtssozialisten, durch Taten und Unterlassungssünden über diesen Stand der Frage hinweggetäuscht.

So konnte es dahin kommen, daß die Katastrophopolitiker die Entscheidung über Oberschlesien dazu benutzten, das Kabinett Wirth zu stürzen.

In einer Zeit, wo eine aktionsfähige Regierung dringender denn je notwendig gewesen wäre, wurde ein Chaos geschaffen, an dem lediglich die Feinde der Republik Freude haben. Dabei ist für die Einleitung von Verhandlungen mit Polen nur eine Frist von wenigen Tagen gegeben.

## Die Bedrohung der Republik

von innen wird verschärft durch den Putsch des verjagten Habsburgers in Ungarn. Denn dieser Putsch ist nur eine Teillaktion der international organisierten Verfechter des alten Systems. — Hinter dem Intrigenspiel um die Regierung verbirgt sich der

## Kampf des Kapitalismus gegen den Sozialismus

Diese Situation haben die Arbeiter zu erkennen.

Proletarier! Laßt Euch durch die nationalistischen Parolen nicht verwirren!

Die Front des kapitalistischen Bürgertums schließt sich!

Baut nur auf Eure eigene Kraft!

Schließt Euch zusammen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes!

einzuwenden. Ein Erfolg des ungarischen Putsches würde für die Republik in Bayern nicht ohne Gefahr sein. Schon seit langem gibt man sich in München große Mühe, den bayerischen Kronprinzen Rupprecht populär zu machen und die bayerischen Putschisten tragen sich bereits mit dem Gedanken, die Beisehungseigenschaften für den verstorbenen bayerischen König Ludwig III. zu einer monarchistischen Aktion auszuwerten. Auffällig ist, daß in den Geheimorganisationen, insbesondere in den Bünden, die vornehmlich Studenten und ehemalige Offiziere umfassen, lebhaftest Beratungen stattfinden, und daß man sich in diesen Kreisen bereits darüber unterhält, ob die Stimmung in Bayern schon reif ist, Rupprecht zum König von Bayern auszurufen. Die Leute des Freikorps Oberland und der Marinebrigade Ehrhardt, die zum größten Teil in der nationalistischen Hakenkreuzorganisation sind, rechnen damit, daß sie in den nächsten Tagen „benötigt“ werden. Inwiefern diese phantastischen Pläne von politischen Parteien oder einzelnen Parteiführern gebilligt oder unterstützt werden, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Jedenfalls ist für die nächste Zeit zu erwarten, daß die Arbeiter des bayerischen und des deutschen Proletariats geboten, da die Mittelbayerer ihre Pläne auf den Thron einer katholischen Donauüberation noch nicht aufgegeben haben und in Karl den ernsthaftesten Konkurrenten sehen.

## Die polnische Delegation in Oppeln

Oppeln, 24. Oktober

In Oppeln trat die polnische Delegation zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen, die sich an die Genfer Entscheidung knüpfen, unter Führung des Generalkommissars der polnischen Republik in Danzig, des Wigeministers Glucinski, ein. Die polnische Kommission wurde von Mitgliedern der I. A. A. auf dem Bahnhof empfangen.

Schneefall im Schwarzwald. Infolge des Witterungsumschlages ist Sonntag nachmittag und in der Nacht zum Montag auf den Höhen des südlichen Schwarzwaldes, besonders im Gebiete des Heuberges, bei 3 Grad Kälte der erste Schneefall eingetreten.

Die genossenschaftlichen Sammlungen. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. S. Hamburg, quitiert erstmalig in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ über die bisherigen Ergebnisse der Sammlungen für die Opfer der Oppauer Katastrophe und für das hungernde Rußland. Für die ersten gingen bisher 24.615 M. und für das letztere 60.900 M. von Konsumgenossenschaftlichen Organisationen und einzelnen Spendern ein. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine nimmt weitere Gaben entgegen.

# Das Ergebnis des Zeitungskampfes

## Neue Vereinbarungen — Stellungnahme der Berliner Buchdrucker

Am Montag fand eine Versammlung der Funktionäre der Berliner Buchdrucker statt, um abschließend zu beraten über den am Sonnabend abgebrochenen Kampf im Zeitungsgewerbe.

Gauvorstehender Massini berichtete kurz über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen. Er erwähnte die Entscheidung der Belegschaft der Fa. Mosse. Diese erklärte sich zur Arbeitsaufnahme bereit, falls ihre Forderungen erfüllt würden. Ueber diese Forderungen sollte nach dem Besprechen der Unternehmer, das zur Wiederaufnahme der Arbeit bei Mosse geführt hat, nachträglich verhandelt werden. Das ist geschehen, und das Ergebnis der Verhandlungen ist nach dem Bericht Massinis folgendes:

Die Prinzipale erklärten sich bereit, die Summe von 25 M., die nach dem ursprünglichen Abkommen erst am 15. November gezahlt werden sollte, schon im Laufe dieser Woche zu zahlen. Dazu ferner als Abgeltung der Ansprüche aus dem Heinemann-Massini-Abkommen 8 M. für alle Gehilfen. Somit haben die Unternehmer ihre Zustimmung zu einer Zulage von insgesamt 33 M. gegeben, die aber nicht erst am 15. November, sondern bereits am bevorstehenden Lohnstage, nämlich am nächsten Freitag, zu zahlen ist.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Berliner Kollegenchaft mit dem schleppenden Tempo der Arbeit der Tarifinstanzen und ihrem unzulänglichen Ergebnis unzufrieden ist. Die Tarifgemeinschaft darf von den Unternehmern nicht als Mittel benutzt werden, um die Gewährung notwendiger Zulagen zu verzögern, denn sonst würde es nötig werden, daß die Gehilfenchaft doch einmal ihre Kraft in der Organisation zur Anwendung bringt, um die Lohnpolitik im Buchdruckgewerbe in ein anderes Fahrwasser zu treiben.

Koll. Massini verteidigte in seinem Schlusswort die Tarifgemeinschaft gegen die aus der Versammlung gemachten Vorwürfe. Er empfahl die Annahme des Erreichten unter Ablehnung einer vom Koll. Gabbe eingetragenen Resolution. Er verwies auf die zurzeit tagende Gauvorsitzerkonferenz und versicherte, daß sich diese bemühen werde, den berechtigten Wünschen der gesamten Kollegen in wirtschaftlicher Beziehung Geltung zu verschaffen.

Das Abkommen wurde gegen wenige Stimmen angenommen, die Resolution Gabbes mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit hat die Bewegung der Berliner graphischen Arbeiter, die sich schon zu einem Meilenkampfe zu entwickeln drohte, eigentlich erst ihr Ende gefunden. Bei der völligen Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse und dem Schwanken der Preise ist indessen anzunehmen, daß weitere Erschütterungen dem Buchdruckgewerbe nicht erspart bleiben werden. Zu dieser Annahme drängt vor allem das Verhalten der Prinzipale, die eben erst ihre geringe Neigung gezeigt haben, den notwendigen Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Wenn sie ihrem deutlich erkennbaren Verlangen nach einer Nachtprobe diesmal noch Zügel anlegten, so nur darum, weil eine politisch ruhigere Zeit ihnen für diesen Zweck geeigneter erscheint. Wenden die Unternehmer ihre Haltung nicht, dann ist der Kampf im Buchdruckgewerbe nur vertagt. Die graphischen Arbeiter haben somit allen Anlaß, dem Gang der Dinge aufmerksam zu folgen und gerüstet zu sein.

# Neue Verschlechterung des Marktkurses

Der Dollar notierte gestern an der Börse wieder einen Kurs von 172 1/2, nachdem er im Vormittagsfreidexer einen noch höheren Kurs, von 174, erreicht hatte. Die Nachfrage nach Wertpapieren nahm einen geradezu phantastischen Umfang an, weil alle Kreise bemüht sind, ihren Besitz an Bargeld abzugeben. Die Spekulation, die an der Wallstraße vom letzten Donnerstag hier und da Deckungen vorgenommen hatte, schritt heute zu Rückkäufen großen Stils, so daß die Kurse auf der ganzen Linie neue gewaltige Steigerungen erfuhren.

# Fort mit der Ausnahmeverordnung

Die Genossen Ristau, Rosenfeld, Sauerbrey und Genossin Wurm haben folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Reichstags gerichtet:

Die Unterzeichneten, der Fraktion der U. S. D. angehörenden Mitglieder des Rechtsausschusses beantragen hiermit die sofortige Einberufung des Rechtsausschusses. Am 1. Oktober hat der Reichstag dem Rechtsausschuss eine Reihe von Anträgen zur Beratung überwiesen, die eine schleunige Behandlung erheischen. Der Gesetzentwurf unserer Fraktion zum Schutze der Republik, unser Antrag auf Aufhebung der bayerischen Vollsgerichte und auch die anderen Anträge müssen im Interesse des deutschen Volkes schleunigst beraten werden. Ganz besonders der Antrag unserer Fraktion auf Aufhebung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. September 1921 erfordert eine sofortige Beratung, die um so dringender geworden ist, seit insbesondere in Bayern unter Berufung auf diese Verordnung dieselben Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung getroffen werden, die bis dahin auf Grund der inzwischen aufgehobenen bayerischen Ausnahmeverordnung vorgenommen wurden und Grund zur schärfsten Kritik geben. Bei dieser Sachlage darf die Beratung des Rechtsausschusses nicht länger hinausgeschoben werden. Wir fordern das sofortige Zutammentreten des Rechtsausschusses.

Hoffentlich tritt der Rechtsausschuss nun endlich zusammen und berät nicht nur, sondern beschließt die Aufhebung der Ausnahmeverordnung.

# Der preussische Haushalt

## Die Hohenzollernabfindung in Sicht

Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages begannen gestern die Beratungen des Haushalts des Finanzministeriums und der allgemeinen Haushaltung. Nach kurzen einleitenden Ausführungen der beiden Berichterstatter ergriff der Finanzminister Saemisch das Wort. Er besog sich zunächst auf eine gelegentliche Äußerung des Ministerpräsidenten Stegerwald im Hauptausschuss, nach welcher es den Anschein hatte, als sei die preussische Finanzlage im Augenblick eine wesentlich bessere. Er warnte vor Trugschlüssen. Die Einnahmen aus den Reichsteuern hätten sich zwar verbessert, aber demgegenüber stände eine wesentliche Verschlechterung des Wertes der Papiermark. Die Verbesserung betrüge beim Rechnungsschluss 1920 in den Einnahmen von 384,5 Millionen Mark, demgegenüber stände aber eine Verschlechterung in den Ausgaben von 1188,5 Millionen. Ausführlich berichtete sich der Finanzminister über die Milderung der Forderungen, die Preußen noch an das Reich zu stellen hat. Er stellte fest, daß die Gesamtsumme dieser Forderung noch 3,5 Milliarden Mark betrage. Wiederholt seien ihm Vorwürfe der Sämigkeit gemacht worden, diese Summe einzutreiben. Von Seiten des Finanzministeriums sei jedoch alles geschehen, um diese Summe herbeizubekommen. Auf die allgemeine Finanzlage vom wirtschaftlichen Standpunkt aus eingehend, betonte der Finanzminister, daß es unmöglich sei, die preussische Finanzlage isoliert zu betrachten. Es sei notwendig, die preussischen Finanzen

im Zusammenhange mit der ganzen Wirtschaftslage zu erörtern.

Von einer allgemeinen finanzpolitischen Aussprache nahm der Ausschuss bedauerlicherweise Abstand. Es fehlten dann die Einzelberatungen über die Staatskapitel ein. Interessant war noch eine Anfrage des Rechtssozialistischen Kreises, wie der Finanzminister sich die Hohenzollernabfindung denke. Wie weit die Kapriung der Rechtsansprüche der Hohenzollern an einzelnen Vermögensobjekten gediehen sei. Der Finanzminister antwortete darauf, daß diese Angelegenheit noch im Gange sei, daß intensiver im Ministerium daran gearbeitet würde, daß aber nicht daran zu denken sei, die Angelegenheit unter Umgehung der gesetzgebenden Faktoren wie Landtag und Staatsrat zum Abschluss zu bringen. Eine diesbezügliche Vorlage wird dem Staatsrat und Landtag in kürzester Zeit zugehen. Die Deutschnationalen waren selbstverständlich mit dieser Antwort des Finanzministers sehr zufrieden und betonten ihrerseits, daß sie an einem solchen Geseh in ihrem Sinne sehr gern „mitarbeiten“ würden. Die Debatte wird fortgesetzt.

# Die Aufteilung Oberschlesiens

Ueber die Wirkungen der Entscheidung über Oberschlesien macht das Statistische Reichsamt folgende Mitteilungen:

Von 61 Steinkohlengruben fallen 49% an Polen, 11% bleiben deutsch. Von 4 preussisch-staatlichen Kohlengruben werden die 3 wichtigsten polnisch.

Es verbleiben von Bergrevieren lediglich das Bergrevier Nord-Gleiwitz sowie Teile des Reviers Süd-Gleiwitz, Süd-Beuthen, Ost-Beuthen und Tarnowitz.

Gesamtkohlenförderung in Oberschlesien im Jahre 1920 rund 31 750 000 Tonnen; davon kommen an Polen rund 24 000 000 Tonnen (77,5 Prozent), verbleiben bei Deutschland rund 7 140 000 Tonnen (22,5 Prozent).

Deutschland bezog bisher aus Oberschlesien monatlich 1 100 000 Tonnen Steinkohlen. Es bleiben in Zukunft nur 370 000 Tonnen, so daß monatlich 730 000 Tonnen aus dem abgetretenen Gebiet oder aus anderen Ländern eingeführt werden müssen.

Gesamtkohlenvorkommen: Von den bis 1000 Meter ausstehenden Kohlenmengen von rund 60 Milliarden Tonnen verbleiben uns etwa 5,5 Milliarden Tonnen oder noch nicht 10 Prozent. Davon liegen 2,5 Milliarden Tonnen im Wasser-schuhgebiet, sind also vorläufig nicht greifbar. — Die ober-schlesische Kohlsindustrie bleibt zur Hälfte deutsch, sie ist jedoch im wesentlichen von dem abgetretenen Gebiet abhängig, da die zur Verkokung geeigneten Kohlsorten in diesem Gebiet liegen. Von 4 ober-schlesischen Breiwerkfabriken werden 3 polnisch.

Sämtliche Eisenerzgruben fallen an Polen. Gesamterzeugung von 61 000 Tonnen jährlich. Von insgesamt 37 Hochofen auf 8 Hochofenwerken bleiben nur 15 auf 3 Hochofenwerken deutsch, und zwar die Oberschlesische Eisenindustrie mit Justen-Hütte, die Donnersmarzhütte und Borsigwerk.

Von der Jahresproduktion an Roh-eisen 1920 in Höhe von 678 000 Tonnen behalten wir eine Produktionsmöglichkeit von etwa 170 000 Tonnen, verlieren also rund 400 000 Tonnen Roh-eisen.

Von 18 Stahl- und Walzwerken werden 8 polnisch, darunter die Bismarckhütte und die Königs- und Laurahütte.

Von 26 Eilen- und Stahlgießereien bleiben 10 deutsch.

Von 16 in Betrieb befindlichen Zink- und Bleierzgruben bleiben nur 4 deutsch, und zwar ein Teil der staatlichen Friedrichsgrube und 3 private Gruben mit einer Förderung in Zinkerzen von jährlich rund 39 000 Tonnen, bisher 268 000 Tonnen, in Bleierzern von jährlich rund 5000 Tonnen, bisher 22 000 Tonnen. Somit behalten wir von der Zinkförderung nur 14 Prozent, da Oberschlesien 80 Prozent der gesamten deutschen Zinkförderung ausmacht, verliert Deutschland 75 Prozent der gesamten Zinkförderung.

Von der ober-schlesischen Bleierzförderung bleiben uns etwa 23 Prozent. Sämtliche Zink- und Bleihütten gehen indessen an Polen über, ebenso die zwei vorhandenen Mei- und Silberhütten mit einer Produktion von 2000 Kilogramm Silber (1919).

# Beamte, Parlament und Regierung

## Forderungen der preussischen Beamten

Vom Nachrichtendienst im Deutschen Beamtenbund gebildeten Arbeitsgemeinschaft Preussischer Beamten und Lehrer wird uns geschrieben:

Am 20. dieses Monats fand auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der preussischen Beamten und Lehrer eine Aussprache des Geschäftsausschusses derselben mit Abgeordneten fast aller Parteien statt.

Die zahlreich erschienenen Abgeordneten folgten mit Interesse den Darlegungen des Referenten über die diktatorische Behandlung der preussischen Beamtenfragen seitens der Staatsregierung. Mithin wurde die Notwendigkeit einer Besserung der Verhältnisse besonders in der Richtung anerkannt, daß die Staatsregierung vor der Erledigung allgemeiner und wichtiger Beamtenfragen mit den Organisationen sich in Verbindung setzen müsse, um sich durch diese über die Wünsche der Beamtenchaft zu unterrichten.

Einem weiteren Wunsche der Arbeitsgemeinschaft, um ein dauerndes Zusammenarbeiten zwischen dem 12er Ausschuss des Parlaments (für Beamtenangelegenheiten) und ihr wurde seitens der Abgeordneten gern zugestimmt.

Im Verlaufe der lebhafte Aussprache wurde eine Anzahl der zuletzt besonders im Vordergrund stehenden Beamtenfragen erörtert. Einen breiten Raum nahm die Besprechung der jetzigen bedrückenden wirtschaftlichen Lage der Beamtenchaft infolge der weiter umschlagelnden Teuerung ein.

Die Abgeordneten glaubten versichern zu können, daß das Parlament sich mit allen Kräften dafür einsetzen würde, daß der Beamtenchaft sowohl ausreichende, als auch insbesondere schnelle Hilfe zuteil würde.

Die bürgerlichen Abgeordneten pflegen mit dem Aussprechen solcher Versicherungen schnell bei der Hand zu sein, besonders im Hinblick auf eventuelle Wahlen. Wenn es indes zur Tat kommen soll, dann sieht es oft anders aus. Die Beamten sind nicht arm an solchen Erfahrungen.

# Maßnahmen gegen den Kartoffelwucher

Der unerhörte Kartoffelwucher, der in allen Gegenden Deutschlands die Bevölkerung aufs schwerste bedrückt, hat die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranlaßt, einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem das einzige Abhilfsmittel vorgeschlagen wird, das es zur Beseitigung dieser Mißstände gibt. Der Gesetzentwurf schlägt die Einführung des Umlageverfahrens vor, wie es ähnlich bereits beim Getreide vom Reichstag beschlossen ist. Er lehnt sich an das Umlagegesetz an. Der Erzeugerhöchstpreis wird darin auf 30 M. pro Zentner festgesetzt. Das ist der Preis, wie er durch die Produktionskosten der Landwirtschaft bestimmt wird. Für eine höhere Preisfestsetzung liegt gar keine Veranlassung vor, weil auch nach diesem Gesetzentwurf der Unabhängigen Sozialdemokratie die Landwirte nur einen Teil, 6 Millionen Tonnen, von der Ernte an Kartoffeln zu diesem Preise absetzen sollen, während genau wie beim Getreide der übrige Teil in den freien Handel wandern kann.

Diese 6 Millionen Tonnen würden ausreichen, um die städtische Bevölkerung während der uns noch bevorstehenden Versorgungsperiode mit einer genügenden Ration zu versorgen.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen Partei hat außerdem einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung auffordert, die Reichsration, die gegenwärtig etwa 200 Gramm pro Tag be-

trägt, auf 200 Gramm vom 1. November an zu erhöhen. Damit soll erreicht werden, daß der Bevölkerung in der jetzigen Notlage, in der sie nicht mit einer ausreichenden Menge von Kartoffeln beliefert wird, Brot zur Verfügung steht.

# Gegen das Börsen-Schiebertum

Die wilde Spekulation an der Börse hat die Unabhängige Sozialdemokratie nach dem Auseinandergehen des Reichstags veranlaßt, einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Börsenumschlages einzubringen. Die Parteien hatten sich damals verpflichtet, den Steueraussschuss des Reichstags während der Reichstagsverlagerung einzuberufen, damit in dieser Zeit mit der Regierung zusammen die geeigneten Maßnahmen verwirklicht werden können, die der Spekulation endlich zu Leibe gehen.

Der Steueraussschuss wurde denn auch nach einer Verzögerung von zwei Wochen am 17. Oktober einberufen, diese Sitzung aber in letzter Stunde ohne jeden Grund abgelehnt. Da auch jetzt der Deutschnationale Ausschuss, der Abgeordnete Oberführer, gar keine Anstalten macht, den Ausschuss entsprechend der Vereinbarung aller Parteien einzuberufen, haben die unabhängigen Mitglieder des Steueraussschusses sich veranlaßt gesehen, gegen diese Verzögerung Protest zu erheben und zu verlangen, daß der Ausschuss sofort einberufen wird.

Auch dieser Vorgang zeigt, wie sich die Deutschnationalen als Schieber der Schieber und Spekulanten an der Börse betätigen.

# Eine Verschwörung in Prag?

Prag, 24. Oktober.

Wie der Korrespondent des „Demos“ erfährt, ist die Regierung einer Legionäre-Verschwörung auf die Spur gekommen, die unter Führung des bekannten Generals Gamba stand. Gamba weilt zur Zeit in Paris. Die Verschwörer hatten die Absicht, am 28. Oktober, dem Jahrestag der Errichtung der Republik, die jetzige Regierung zu stürzen. Eine Reihe von Personen wurde festgenommen, nach kurzer Zeit jedoch wieder freigelassen. Die Angelegenheit wird hier mit der größten Geheimhaltung behandelt, auch in der hiesigen Presse ist bisher nichts bekannt geworden. Mehrere hohe Staatsbeamte und Offiziere sind durch die Beteiligung an den Verschwörungen stark kompromittiert, und es dürfte daher zu wesentlichen Personalveränderungen in diesen Kreisen kommen. An amtlicher Stelle wird die Angelegenheit zunächst noch abgefristet.

# Schwere Stürme in Skandinavien

Kopenhagen, 24. Oktober.

Ein fürchterer Orkan hat gestern und heute in Skandinavien großen Schaden angerichtet. Die Dampfmaschinenverbindung zwischen Gleser und Barmünde mußte eingestellt werden. Ebenso waren die telephonischen Verbindungen mit Deutschland unterbrochen. In den dänischen Häfen sind viele Hafengeuge untergegangen oder beschädigt worden. In Nordfriesland letzte gestern nachmittag schwerer Schneesturm ein. Der Schneefall war so stark, daß der Eisenbahnverkehr an mehreren Stellen unterbrochen wurde. In Kopenhagen trat im Hofen Hochwasser ein. Auch in Süd- und Mittel-Schweden wütete der Orkan und verursachte ausgedehnte Verfallsstörungen. In Gotenburg hat ein Schneesturm großen Schaden angerichtet.

# Kleine Nachrichten

Französisches Abkommen mit Kemal. Laut Havas ergänzt das türkische Nachrichtenbureau in Paris die von der Pariser Presse über das Abkommen zwischen Frankreich und der Regierung von Angora verbreiteten Nachrichten folgendermaßen: Dem Abkommen liegen nur folgende Fragen zugrunde: Festlegung der türkisch-französischen Grenze, der Rodus der Räumung der von den französischen Truppen besetzten Gebiete, wonach die letzteren unter die türkische Oberhoheit jurisdiktionell fallen, der Austausch der Gefangenen und schließlich die Organisation der öffentlichen Sicherheit in den geräumten Gebieten. Das Nachrichtenbureau fügt hinzu, daß alle Gerüchte, wonach andere Fragen, die gemeinsam Frankreich und die Alliierten interessieren, zum Gegenstand des Abkommens gemacht worden seien, nur politische Manöver darstellen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Der Nationalrat bewilligte dem Bundesrat einen Kredit von 66 Millionen Franken zur Ausführung von Arbeiten des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die Ständekammer hatte nur einen Kredit von 50 Millionen Franken bewilligt; ferner bewilligte der Nationalrat 20 Millionen Franken für Subventionierung kantonalen Arbeitsarbeiten.

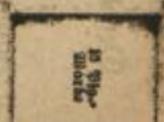
Ein praktischer Beitrag zur Abrüstungskonferenz. „New York Herald“ und „Chicago Tribune“ berichten von einem neuen Einbecker, der 30 Maschinengewehre befördert, und 3000 Schuß in der Minute abgeben kann. Sein Erfinder J. M. Parzen aus Central Park begab sich von dort mit seinem Flugzeug zu Demonstrationszwecken nach Washington.

Schwere Benzinexplosion bei Paris. Eine Benzinexplosion ereignete sich Montag vormittag 11.40 Uhr, in einer chemischen Fabrik in Saint Ouen. 3 Tote wurden bereits aus den Trümmern geborgen. Die Ursache des Unfalles ist noch unbekannt.

ausgeschnitten!

Druckfache  
2m die  
Hauptexpedition der „Freiheit“

Berlin G 2  
Breite Straße 8-9





Das Berliner Rettungswesen

Jahresaufwand: Acht Millionen

H. E. K. Es gehört zu den unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Großstadt, daß täglich zahlreiche Straßenunfälle vor- kommen. Allein dem Verkehr mit seinem Durcheinander von Fuhrwerken aller Art fällt eine Anzahl Menschen zum Opfer. Aber damit sind die Möglichkeiten noch keineswegs erschöpft. Es kommen plötzliche Erkrankungen vor, die eine sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus oder den raschen Besuch eines Arztes erfordern; Verletzungen müssen verbunden, Selbstmörder ins Leben zurückgerufen werden — kurzum, das mannigfaltige Leben unserer Biermilchonenstadt bedingt eine Fülle von Hilfsleistungen.

Diese Aufgabe hat der Rettungsdienst zu erfüllen, der sich erfreulicherweise in recht gutem Zustande befindet. Man sollte meinen, daß diese Einrichtung ebenso alt wie die Stadt ist und sich gleichlaufend mit ihrem Wachstum entwickelt hat. Aber tatsächlich sind die Anfänge einer öffentlichen ersten Hilfe nicht älter als siebenundzwanzig Jahre. Damals entstand der Rettungsdienst aus Mitteln der Berufsgenossenschaften, da sich in der Industrie am stärksten der Mangel einer solchen Vorsorge zeigte. Er galt denn auch in der ersten Zeit nur für die in der Industrie Beschäftigten. Allmählich nahm dann die Stadt die Organisation in die Hand. Erst im Jahre 1913 verschwanden die letzten privaten Rettungstellen. Eine einzige existiert noch heute in der Börse, aber sie betrifft ja nur einen kleinen geschlossenen Besonderenkreis.

Es gibt jetzt in Berlin 42 Rettungstellen, die gleichmäßig über die Stadt verteilt sind. Sie sind Tag und Nacht geöffnet und besitzen sämtliche Einrichtungen, um die erste Hilfe zu leisten. Eine eingehende Behandlung kommt selbstverständlich hier nicht in Frage. In jeder Stelle sind ständig ein Arzt und ein Heilgehilfe, von denen der Arzt Erkrankte nötigenfalls auch in der Wohnung aufsucht. Das kommt besonders nachts vor, wenn ein anderer Arzt nicht immer ohne weiteres zu erreichen ist. Direkte telefonische Verbindung mit der Zentralrettungsstelle gestattet es, jederzeit einen Krankenwagen oder sonstigen Bedarf anzufordern.

Die Inanspruchnahme der Rettungstellen ist sehr verschieden und richtet sich ganz nach ihrer Lage. Es gibt Stellen, die im Jahr bis 6000 Fälle zu behandeln haben, and andere, in denen die Frequenz kaum 300 erreicht. Ueber die Anforderungen läßt sich gleichfalls nichts Allgemeines sagen. Sämtliche Unglücksfälle, von Krämpfen bis zu Frühgeburten, verlangen Beistand und ärztlichen Rat. Dabei ist die Zahl der Betrunkenen nicht gering, und ihre „Behandlung“ geht nicht immer ohne Kräfte ab.

Die Kosten einer Rettungstelle betragen ziemlich unterschiedslos 160 000 Mark jährlich, die nur zum Teil durch die Einnahmen gedeckt werden. Jede Stelle untersteht einem Kurator, der sie zu kontrollieren hat.

Außer den Rettungstellen gibt es fünf Depots, in denen die Krankenwagen stehen. Es sind immer rund zwanzig Krankswagen in Betrieb, die glücklicherweise noch in Kriegenszeiten zu einem Preise von 12 000 Mark angeschafft sind. Heute würden sie selbstverständlich mindestens das Zehnfache kosten. Daneben ist noch eine Anzahl Reservewagen vorhanden, um auch gesteigerten Anforderungen, etwa bei einer Epidemie, Genüge leisten zu können.

Das Innere eines Wagens wird in der Hauptsache durch eine Tragbahre eingenommen, die herausgenommen werden kann, so daß der Transport des Kranken sehr vereinfacht ist. Verbandzeug und Wäsche sind in Kisten untergebracht, die gleichzeitig als Sitzgelegenheit für den Heilgehilfen und etwaige Begleiter dienen. Die Heilgehilfen haben zum Transport Mäntel anzuziehen, die nach jedesmaligem Gebrauch, ebenso wie die übrige Wäsche, desinfiziert werden. Vorrichtungen dazu befinden sich in jedem Depot.

Um nutzloses Hin- und Herfahren zu verhüten und eine ergiebige Ausnutzung der Wagen zu ermöglichen, hat der Wagenführer in dem Krankenhaus, nach dem er geschickt ist, zu bleiben und sich sofort bei der Zentrale telefonisch zu melden. Hier bearbeitet ein Angestellter die einkommenden Anforderungen und gibt dem Wagen die erforderlichen Anweisungen, wodurch eine erhebliche Ersparnis erzielt werden kann.

Jede Fahrt stellt sich nämlich auf rund 120 Mark, während das Publikum nur 75 Mark, die Krankenkasse 50 Mark zu zahlen hat. Es wäre natürlich am schönsten, wenn das ganze Rettungswesen kostenlos jedem zur Verfügung stände; aber man muß zugeben, daß das unter den derzeitigen Verhältnissen nicht angängig ist, auch wenn man Mißbräuche, die daraus leicht entstehen könnten, gar nicht in Betracht zieht. Nach Lage der Dinge ist es nicht anders möglich, als daß jede Hilfsleistung bezahlt werden muß. Selbstverständlich werden die Hilfsbedürftigen nicht zuerst gefragt, ob sie zahlungsfähig sind.

Die Krankenwagen werden in der Hauptsache für Krankentransporte und erst in zweiter Linie für Unfälle benutzt. Die Direktion plant daher, jeder Feuerwache einen Wagen zu stellen, der nur für Unfälle benutzt werden soll. Dadurch würde ein Wagen immer sofort verfügbar sein.

Zum Rettungsdienst gehört auch eine Vermittlungsstelle, die mit sämtlichen Krankenhäusern in Verbindung steht. Diese sogenannte Bettnachweisestelle dient dazu, Kranke ohne schädlichen Aufenthalt sofort an das richtige Haus zu verweisen. Täglich zweimal melden die 38 Berliner Krankenhäuser hierher ganz genau detailliert, wieviel Betten sie frei haben und in welchen Abteilungen diese stehen. Besonders von Ärzten wird naturgemäß diese Stelle benutzt, aber auch das Publikum hat in ziemlichem Umfange von ihr Kenntnis, und die drei Damen, die das Telefon bedienen, haben beinahe ohne Unterbrechung zu tun. Zahllose Anfragen werden hierher gerichtet, die manchmal das Rettungswesen nur sehr wenig angehen. Gestern fragte z. B. jemand, ob er Milch trinken könne, in die ein Tropfen rote Tinte gekommen sei. Technische Dinge sind nichts Ungewöhnliches. Aber ich stelle mit Vergnügen fest, daß man ohne bürokratische Engherzigkeit Auskunft gibt, wie denn überhaupt das Berliner Rettungswesen den hohen Anforderungen, denen es zu genügen hat, voll ausreicht. Alles in allem genommen, sind im Verhältnis hierzu die auf mindestens 8 Millionen Mark jährlich zu veranschlagenden Gesamtausgaben als keineswegs hoch zu bezeichnen.

Zur Säuglingspflege

Die Deputation für das Gesundheitswesen gibt bekannt: In letzter Zeit sind von Kinderärzten eine Reihe von Beobachtungen gemacht worden, die darauf hinweisen, daß die Folgen der durch den Krieg bedingten Ernährungschwierigkeiten noch immer nicht völlig behoben sind. Es sind bestimmte Erkrankungen des Knochenstystems, besonders bei Säuglingen, neuerdings häufiger aufgetreten, die wahrscheinlich auf einen Mangel an sogenannten Vitaminen beruhen. Das sind lebensnotwendige Stoffe, die in der Milch und den pflanzlichen Nahrungsmitteln gewöhnlich in größerer Menge vorhanden sind. Es ist wahrscheinlich, daß diese für das Wachstum unentbehrlichen Stoffe in der zum Verbrauch gelangenden Milch nur in geringen Mengen vorhanden sind. Man muß daher die Säuglingsernährung durch Beigabe vitaminhaltiger Stoffe ergänzen, um solchen Erkrankungen vorzubeugen. Das ist leicht möglich, wenn man den Säuglingen schon vom dritten Lebensmonat frische Obst- oder Gemüsesäfte, Zitronen, Tomaten, Apfelsinen, Karottenlakt neben der Milch reichlich. Keine Mutter sollte veräumen, hierüber ihren Arzt zu befragen, der ihr gewiß genauere Vorschriften geben wird.

Eröffnung eines weiteren Schwimmbades

Anfang Oktober d. J. sind die städtischen Badeanstalten in die zuständige Verwaltung der Bezirksämter übergegangen. Die Volkswadeanstalt in der Oberberger Straße, zum Bezirksamt „Prenzlauer Tor“ gehörig, hat nach teilweiser Eröffnung mit dem 15. Oktober auch die große Schwimmhalle der badenden Bevölkerung freigegeben. Die Anstalt ist einseitig, außer Sonntags, täglich von 10—7 Uhr geöffnet, und zwar für Damen: Montags, Dienstags, Donnerstags von 10—1 Uhr und Mittwochs von 10 bis 7 Uhr. Die Preise der Schwimmbäder betragen für Erwachsene: 1,50 M. für Kinder: 1 M.

Dem Bezirksamt „Wedding“ ist die größte Badeanstalt Berlins mit 77 Bännen, 86 Brausebädern und 2 Schwimmhallen unterstellt. Sie trägt nicht mehr den Namen „Volkswadeanstalt“, sondern „Städtisches Wedding, Gerichtstr. 65—69“.

Freigabe von Kohlenartenabschnitten

Das Kohlenamt teilt mit: Vom 25. Oktober 1921 werden die Abschnitte 7 und 9 der 5-Zentner-Kohlenarte bzw. die Abschnitte 8 und 9 der 10—70-Zentner-Kohlenarte zur Belieferung neu freigegeben. Bevorzugt zu beliefern sind die bereits früher freigegebenen Abschnitte der Kohlenarte.

Ab 1. Dezember 1921 verfallen die Abschnitte 3 und 5 der 5-Zentner-Kohlenarte bzw. 3 und 4 der 10—70-Zentner-Kohlenarten.

Der unabhängige Stadtrat und die bittelnden Kriegsbeschädigten

Unter dieser Ueberschrift hat kürzlich die „Rote Fahne“ die Verleumdung lanciert, daß der unabhängige Stadtrat Schünning für die bittelnden Kriegsbeschädigten nur papierne Maßnahmen getroffen und erst der kommunistische Stadtrat Stoll durch wirklich praktische Hilfe dem Elend gesteuert hätte. Es sei deshalb hier festgestellt, daß die im Januar vom Genossen Schünning getroffenen Maßnahmen vom Beirat der Kriegsbeschädigten für sorglos resplos gut geheißen wurden. Gleichzeitig wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, um die geeigneten wirtschaftlichen Fürsorgemaßnahmen einzuleiten. Wenn schon in den nächstfolgenden Monaten März und April das Straßenbild eine wesentlich geringere Zahl von echten und falschen Kriegsbeschädigten aufwies und diese in der Folge noch mehr zurückging, so ist das kein Verdienst des Herrn Stadtrat Stoll und der „Roten Fahne“, sondern eben der eingeleiteten Maßnahmen des Genossen Schünning. Herr Stadtrat Stoll war in der angenehmen Lage, die Früchte zu ernten, die ein anderer gesät hatte. Was er aus eigenem zu leisten vermag, ist den vorliegenden Beweisen nach, blutwenig. Ja, wenn es nur auf große Worte ankäme! Da schlägt allerdings Stoll und die „Rote Fahne“ jeden Rekord.

Die Mitterwochen der Wohnungsgräber

Eine unter ungewöhnlichen Umständen ausgeführte Wohnungsplünderung, bei der den Tätern u. a. Tafelberg, Kleider und Wäsche im Werte von 180 000 Mark in die Hände fielen, beschäftigte die 12. Strafkammer des Landgericht I. Angeklagt wegen schweren Diebstahls und Hehlerei waren der Wäcker Hans Thomas, das Dienstmädchen Margarete Schiele, die Verkäuferin Gertrud Thomas, der Goldschmied Hermann Anger und der Arbeiter Heinrich Schmidt. Die Schiele war bei dem Sanitätor Dr. Blumenthal in der Landsberger Allee als Dienstmädchen in Stellung. Als dieser mit seiner Familie zur Kur nach Heringsdorf reiste, blieb die Schiele allein in der Wohnung zurück. Einige Tage später hielt ihr Bräutigam, der mehrfach wegen Diebstahls verurteilt war, dort seinen Einzug und beide führten nun in der Wohnung des Sanitätsrats mehrere Wochen hindurch ein wahres Schlaraffenleben. Als Hochzeitsgäste stellten sich die Angeklagten und zwei nicht ermittelte geheimnisvolle Besucher mit den Spitznamen „Sachse-Hermann“ und „Ede“ bei ihnen ein. Mit ihrer juchendernden Hilfe öffnete das junge Paar nach und nach sämtliche Schränke. Als der Sanitätor nach Hause kam, fand er die Wohnung ausgeräumt und sein Dienstmädchen plündernd, an Händen und Füßen gefesselt, scheinbar bewußtlos im Bette liegend. Die Unternehmung erwies die „Dynamit“ als eine Komödie, die einen Ueberraschungsvorfall sollte. Von den gestohlenen Sachen ist nichts zurückgekehrt. — Vor Gericht wies Rechtsanwalt Dr. Harry Pincus als strafmildernd auf das erotische Moment hin, indem er hervorhob, daß die Hauptangeklagten teilweise im Liebesrausch gehandelt hätten. Das Gericht billigte den Angeklagten trotz der Vorstrafen und der vom Vorsitzenden betonten Ungehörlichkeit des Falles mildernde Urteile zu und erkannte auf Gefängnisstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 2 Jahren.

Selbstmord einer Geislin. Die 72 Jahre alte Frau Hedwig S. aus der Stephanstraße sprang gestern früh aus einem Fenster des Hauses Spenerstraße 8 auf die Straße hinab und war auf der Stelle tot.

Eine fünfköpfige Bande jugendlicher Einbrecher, die seit geraumer Zeit in der Gegend des Alexanderplatzes und weiter im Osten der Stadt ihr Unwesen getrieben hat, wurde von Kriminalbeamten der Dienststelle B. 1. unerschöpflich gemacht. Auf einer Klingelfahrt in der Marxlinstraße stieß die Bande in einer Wohnung, in der sie niemand zu Hause glaubten, weil auf ihr wiederholtes Klingeln nicht geantwortet wurde, auf einen Mann, der nachts schlief und aus dem Schlaf erst erwachte, als sie eingedrungen waren. Es gelang, einen zu fassen, während die anderen entkamen. Aber auch sie wurden jetzt nach und nach ermittelt und festgenommen.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf F. H. E. Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Dem Andenken meines im Kriege gefallenen Freundes Charles Müller widme ich, voll Haß gegen den Krieg, dieses Werk, das so viele unserer brüderlich gemeinamen Gedanken wiedergibt.

1.

Ein Korporal als Kandidat zur Akademie.

„Grüß Gott, Doktor! Sie erkennen mich wohl nicht?“ „Réal, das heißt, ich will sagen: Herr Réal!“ „Aber nein, Doktor! Es war schon recht so... Ich bin zwar nicht mehr Ihr Sanitätskorporal... Tut aber nichts. Wir haben denn doch zu oft miteinander eine Lagerstatt geteilt, als daß uns nicht gemeinsame Erinnerungen verbinden sollten.“

Doktor Sauvargue lachte. „Welch seltsames Abenteuer war doch dieser Krieg! Wer hätte im Jahre 1913 weisagen können, daß der junge Augenarzt, der eben daran war, in seinem Stadtviertel sich eine Praxis zu schaffen, als Militärarzt zu einem Infanterieregiment kommen und auf dem Stroh der Sanitätsabteilung Seite an Seite mit Jacques Réal schlafen werde, mit dem berühmten Dramatiker, dem Wochenplauderer, den man schon mit einigem Wohlwollen in den Salons nannte, wo die Kandidaturen zur Akademie erwogen werden.“

Sie beschäftigten sich jetzt wieder mit Ihren literarischen Arbeiten?“ fragte der Arzt. „Ja, aber mit Schwierigkeiten. Ueberall Ausstände, kein Papier, nichts, gar nichts will klappen.“ „Sehr wahr, Herr Réal. Und niemand kann vorhersehen, wie wir uns aus der Geschichte herausziehen werden.“ „Ach was,“ rief Réal fröhlich, „wir werden uns schon herausziehen.“ „Glauben Sie?“ „Aber natürlich! Bei uns ist das schon so. Immer glaubt man, daß alles zum Teufel geht. Und just im letzten Augenblick kommt irgendeiner, der erste Beste, der den Nix mit einem Endchen Bindfaden vernäht, und dann hält es wieder...“ „Sie sind also Optimist geworden. Aber Sie erinnern sich doch, an der Front...“

Doktor Sauvargue dachte an Gespräche im knüppelgedeckten Unterstand beim Schein einer zuckenden Kerze, die bei allzu nahen Einschlägen erlosch...

„Ja, ja, es hat böse Rückschläge gegeben. Aber, Doktor, wenn es Ihnen recht ist, sprechen wir nicht mehr vom Krieg. Wir haben genug davon... Was treiben Sie jetzt?“

„Ich arbeite.“ „Praxis?“ „Ja. Und überdies tue ich morgens regelmäßig Dienst im heiligen-Blanka-Krankenhaus, wo ich schon das letzte Kriegsjahr verbracht habe, um Gestörter wieder in Ordnung zu bringen.“

Réal wurde düster. Verstümmelungen im Gesicht! Arme Menschen...

Doktor Sauvargue fuhr fort: „Sie verirren sich wohl niemals in meine Gegend?“

„Das kann schon vorkommen. Und dann besuche ich Sie bestimmt. Ach, Doktor, die Morgensvisite! die wird Sie an die gute alte Zeit erinnern.“

Die beiden Herren lächelten. Grauen und Abscheu vor dem Kriege hatten sich bei ihnen abgeschwächt. Sie gehörten zu der großen Anzahl von Menschen, die ohne Erditterung vom Kriege sprechen, weil er sie verschont hat.

2.

Der bekannte Schriftsteller Jacques Réal.

„Essen wir bald?“ fragte Jacques Réal die Jose, die ihm die Tür öffnete.

„Sofort, Herr Réal.“ Um sein Arbeitszimmer zu erreichen, mußte er durchs Wohnzimmer gehen.

„Sieh da! Fünf Gedee!“ Man erwartete doch nur seine Schwester, Frau Baravore, und seinen Schwiegervater, Herrn Alexander Bloquet, zum Frühstück.

Frau Réal, eine kleine rüchelnde Dame, erschien, eine Vase in der Hand, in die sie Blumen einordnete.

Réal zeigte auf das fünfte Gedee. „Für wen?“

„Für Josef Coigny“, erwiderte sie. „Ich bin ihm heute morgen im Bois begegnet, und da wir uns seit Ewigkeiten nicht gesehen haben...“

„Sehr einverstanden“, billigte er. Réal hatte Josef Coigny im Felde kennen gelernt oder vielmehr während einer Ruhestellung im Etappendienst, wo dieser kräftige Bursche unter dem Vorwand von Herzschwäche

sich wohl sein ließ. Einige Monate gemeinsamen Lebens hatten, trotz der starken Verschiedenheit ihrer Naturen, ihrem Verkehr eine gewisse Herzlichkeit gegeben, die eine spätere Anfreundung erwarten ließ. Seit der Abreise machte sich Coigny eine besondere Ehre daraus, im Hause des berühmten Schriftstellers intim zu verkehren.

„Julie und Papa sind schon da,“ verkündete Frau Réal, „sie sind im Wohnzimmer.“

Réal eilte ins Wohnzimmer und ging seinen Angehörigen mit ausgestreckten Händen entgegen; seine Liebenswürdigkeit und gute Laune gewannen ihm von jeder alle Herzen.

„Wie geht's, mein liebes Julchen?“

Frau Julie Baravore ähnelte ihrem Bruder. Wie jener hatte sie blaue gefühlvolle Augen. Im Kriege hatte sie ihren zärtlich geliebten Mann verloren, ein Jahr später ihren Sohn. Seither war sie gebeugt und stets in Witwentracht, ein Bild trostlosen Schmerzes.

Ganz im Gegensatz zu ihr lächelte Herr Alexander Bloquet, Réals Schwiegervater, ein alter Herr mit frisiertem und gebürstetem Schnurrbartchen, Flaumhaar, einem mageren Hals, der sich in dem hohen Kragen wie der Hals einer Schildkröte bewegte, kleinen hinterhältigen schwarzen, von Runzeln umhegten Augen, mit seinem ganzen salzigen Gesicht. Als reichgewordener ehemaliger Knopfabrikant führte er jetzt das behagliche Leben eines Rentners; mit Vorliebe besuchte er seinen Klub und war nicht wenig geschmeichelt, dort eine Menge Berühmtheiten zu treffen, deren Titel er mit kindlicher Genugtuung im Munde führte. Seine gewählte Kleidung gab ihm das Aussehen eines Weltmannes, auch war er bemüht, seine Persönlichkeit noch dadurch zur Geltung zu bringen, daß er nur Gedanken überlegener Geister äußerte. Er war Bezieher des „Echo de Paris“, der „Action française“ und der „Revue des deux Mondes“ und er sorgte dafür, daß man dies erfuhr, wodurch er das Mißtrauen zu bestiegen hoffte, das jene Emporkömmlinge zu erlangen haben, die sich die rüchelnden und gewöhnlichen republikanischen Ideen nicht abgewöhnen können.

Frau Réal, der ihr Morgenspaziergang Appetit gemacht hatte, bemerkte:

„Halt ein Uhr durch und Coigny noch nicht hier!“ „Er ist doch sonst pünktlich“, entschuldigte Herr Bloquet.

„Um so schlimmer!“ zankte Frau Réal. „Gehen wir zu Tisch, dann wird er schon kommen.“

Niemand widersprach. Man ging zu Tisch.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Revolverheld ist der im Hause Färbringer Straße 9 wohnhafte, erstarrte Herr J. Klein, der angeblich im Dienste der Polizei steht. In den Wahlen vernagte er sich damit, Plakate der ihm verhassten Parteien abzureißen und Angehörige der sozialistischen Parteien mit einem Browning zu bedrohen. Nur der Besonnenheit der Angegriffenen ist es zuzuschreiben, daß es zu keinem Blutergießen kam. Was gedenkt der Herr Polizeipräsident mit diesem Verbrechen zu tun? Wir empfehlen ihm hiermit dringend zur Beförderung.

Sturmrisikofeld. Der Sonntagabend herrschende Sturm entwarfelte vor dem Grundstück Hindenburgdamm 93a einen ziemlich starken Baum und legte ihn quer über den Fahrweg. Die alarmierte Feuerwehr beseitigte das Verkehrshindernis in etwa halbtägiger Tätigkeit. — Im Grünen Weg drückte der windige Geselle die Schaufensterscheibe des im Hause Nr. 86 befindlichen Zigarrengeschäfts der Gebr. Gerstmann ein, so daß sie vollständig in Trümmer ging. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Dienstag, den 2. Oktober, beginnen folgende Kurse und Arbeitsgemeinschaften: S. Levy: Übungen über Logik. Reichstagufer 6, 7 Uhr. — Kohberg: Politische Arithmetik. Treptow, Neue Krugallee 5, 7 Uhr. — Müller-Neuhaus: Grundfragen der Wirtschaftslehre. Oberschöneweide, Zepplinstr. 11, 7 1/2 Uhr. — Kollé: Gefängnisübungen. Neutölln, Berliner Str. 10, 7 Uhr. — Hörerkarten an den bekannten Verkaufsstellen und an den Lehrstätten.

Die bisherige Schuldeputation hat sich in ihrer letzten Sitzung mit den Vorkommnissen in der Gemeindefürsorge in der Bromberger Straße beschäftigt und beim Magistrat die sofortige Freigabe des ganzen Schulgebäudes in der Remoter Straße als sehr dringlich beantragt.

Stadtrat Stolt ist vom Oberpräsidenten bis zur Klärung der gegen ihn von mehreren Seiten erhobenen Beschuldigungen von seinem Amt als Vorsitzender der Kriegsschadigtenfürsorge entbunden worden. Seine übrigen Dezernate vertritt er weiter.

Erklärung. Der Postinspektor G. Däbel bittet uns, mitzuteilen, daß er nicht mit dem von uns in der Rotiz „Der Herr Pogrom-Inspektor“ geschilderten Postinspektor identisch ist.

## Verbandstag der Bankangestellten

Nach einem Begrüßungsabend am Sonnabend, den 22. Oktober, der zu Ehren der auswärtigen Delegierten abgehalten wurde, fand am Sonntag der Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten in Berlin statt. Nach Begrüßung der Delegierten außerdeutscher Organisationen und deutscher Gewerkschaftsvertreter gab der Verbandsvorsitzende Marg den Geschäftsbericht.

Der Verband kann heute als die wirtschaftlich stärkste und finanzkräftigste Bankangestelltenorganisation angesehen werden. Die Führung der Aktionen und die Initiative in der Bankbeamtenbewegung liegen in seiner Hand. Mit den Bruderorganisationen in Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Bulgarien und Jugoslawien wird die ständige Verbindung aufrechterhalten. Während am 31. Dezember 1920 der Mitgliederbestand 19.826 betrug, zählt der Verband heute 24.121 Mitglieder, darunter 4836 gewerbliche Angestellte. Marg wandte sich in scharfen Worten gegen die Versuche anderer Angestelltenorganisationen, die danach trachten, festen Fuß unter der Bankangestelltenchaft zu fassen.

Emonts referierte dann über die

### Tarifpolitik des Verbandes.

Er wies darauf hin, daß vor dem Kriege die Bankangestellten zum größten Teil in Organisationen mit deutschnationaler Tendenz organisiert waren. Diese Bankbeamten lehnten Tarifverträge mit der Notwendigkeit ab, daß die Tarifverträge nur für die Faulen und Dummen geschaffen würden. Der Referent schilderte dann eingehend die Entwicklung des Allgemeinen Verbandes und die Prinzipien dieser freigewerkschaftlichen Organisation. Nachdem Emonts den Werdegang der Organisationen der Bankleitungen und die Tarifbewegungen der Bankangestellten erörtert hatte, wies er mit allem Nachdruck zum Schluß darauf hin, daß nur durch den Sieg des freigewerkschaftlichen Gedankens den Angestellten im Bankgewerbe geholfen werden könne.

Zum Geschäftsbericht beschloß der Verbandstag folgende Resolution:

„Der 5. ordentliche Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten begrüßt die auf dem I. AWA-Bund-Kongress beschlossene Reorganisation des AWA-Bundes sowie den mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund getätigten Organisationsvertrag, wonach A.D.G.B. und AWA-Bund, unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen organisatorischen Selbstständigkeit, den Willen zu dauernder Gemeinschaftsarbeit aller freigewerkschaftlich organisierten Kopf- und Handarbeiter zum Ausdruck bringen. Der Verbandstag sieht in diesem Bündnis die beste Gewähr für eine wirksame freigewerkschaftliche Arbeitnehmerpolitik. Dem durch die Gründung der „Zwischenstaatlichen Informationsstelle freigewerkschaftlicher Bankangestellter-Organisationen“ angebahnten festen Zusammenschluß der Arbeitnehmer des Bankgewerbes aller Länder begrüßt der Verbandstag mit ganz besonderer Freude. Er beauftragt den Zentralvorstand, auch in Zukunft sich der Weiterentwicklung der internationalen der Bankangestellten tatkräftig anzunehmen.“

Weiter wurde eine Resolution angenommen, die sich zum Prinzip der reinen Gewerbeorganisation bekennend, weil nach Ansicht des Verbandstags nur durch sie die Machtstellung der Arbeit im Bankgewerbe gefördert werden kann. Die Resolution wendet sich dann scharf gegen die Versuche anderer Angestelltenorganisationen, die Bankangestellten in ihren Reihen zu organisieren. Solche Versuche würden lediglich die Zersplitterung vergrößern und die Position der Arbeitnehmer schwächen. Sie müßten deswegen auf das Schärfste verurteilt und zurückgewiesen werden.

Zur Tarifpolitik des Verbandes beschloß der Verbandstag eine Willensfundgebung, die zum Ausdruck bringt, daß die vom Zentralvorstand getätigten Beschlüsse und Maßnahmen auf dem Gebiete der Tarifpolitik die richtigen sind. Ferner wird gefordert, daß für das gesamte Bankgewerbe die reichsarbeitsrechtliche Regelung der Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse notwendig ist. Die Angestellten der Genossenschafts- und Hypothekendarlehen werden aufgefordert, sich dem Verband anzuschließen.

Zur Steuerpolitik beschloß der Verbandstag eine Resolution, in der u. a. zum Ausdruck kommt, daß die notwendigen Steuern zur Instandhaltung des Reichshaushalts einschließlich der uns auferlegten Reparationslasten nicht nur durch einseitige Belastung der breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger beschafft, sondern daß endlich auch die besitzenden Klassen zur Besteuerung herangezogen werden. Die Resolution fordert weiter, daß auch besonders der Landwirtschaft Steuern zur Deckung der Reichsausgaben auferlegt werden sollen. Zum Schluß wird in der Resolution verlangt, daß die Erfassung der Sachwerte durch Beteiligung des Reiches in allen industriellen und Handelsunternehmungen durchgeführt wird. Der Vorstand

des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten wird aufgefordert, diese Entschließung allen in Betracht kommenden Stellen zuzuleiten und im Sinne der Entschließung zu wirken.

Am Schluß der Tagesordnung wurden die Genossen Emonts und Marx zu Geschäftsführern wiedergewählt.

## Eisenbahner!

Am Mittwoch, den 26. d. M., abends 6 Uhr, findet in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 98/97, eine Sitzung aller im D. C. B. organisierten U. S. B. D.-Eisenbahner statt. Delegierte sind hiermit besonders eingeladen. Gewerkschafts- und Parteibuch legitimiert. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

## Nationalismus im Beamtenbund

Das Bezirkskartell des deutschen Beamtenbundes hatte zum 23. d. M. nach der „Neuen Welt“ eine Beamtensammelnacht einberufen. Die politischen Parteien waren dazu eingeladen. Von der USPD war die Genossin Zieh zu der Versammlung delegiert. Als nach Eröffnung der Versammlung der Vorsitzende eine ausgesprochene nationalpolitische Resolution in Sachen Oberschlesien verlas und diese sofort zur Abstimmung brachte, erbat sich Genossin Zieh das Wort zu einer Erklärung. Ein Lobes aus der Versammlung setzte ein und Rufe „raus, raus!“ ertönten. Nur mit Mühe konnte der Vorsitzende die Ruhe wiederherstellen. Genossin Zieh erklärte: Unsere Fraktion und ich persönlich sind zu dieser Versammlung eingeladen worden, weil die neue Ortsklasseneinteilung und die verschiedene Einteilung Berlins und seiner Vororte auf der Tagesordnung steht. Jetzt wird diese Gelegenheit benutzt zu einer nationalpolitischen Kundgebung. Auch die USPD bedauert den Verlust oberschlesischer Gebiete, trotzdem können wir dem Wortlaut der Entschließung nicht zustimmen. Wenn Sie mir nicht gestatten, meinen ablehnenden Standpunkt darzulegen, machen Sie es mir unmöglich, weiter an ihrer Versammlung teilzunehmen. Der Vorsitzende ließ darüber abstimmen, ob über die Resolution abgestimmt werden soll, was mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Darauf verließ Genossin Zieh die Versammlung, aus der erneut Rufe „raus! raus!“ ertönten, aber auch Rufe, die verlangten, Genossin Zieh solle bleiben, wurden laut.

Die Versammlung zeigte, wie weit die nationalpolitische Beeziehung bereits gediehen ist, wie sie von der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Versammlungen systematisch betrieben wird.

## Reichskongress der Betriebsräte der Metallindustrie

Am Montag, den 5. Dezember, tritt im „Volkshaus“, Zeiger Straße, der 1. Reichskongress zusammen, der folgende Tagesordnung vorliegt:

1. Wirtschaftsfragen.
  - a) Weltwirtschaft. Referent: Dr. Otto Bauer, Wien.
  - b) Die deutsche Wirtschaft. Referent: Dr. R. Hiltferding, Berlin.
  - c) Kohle und Eisen. Referent: Dr. Otto Hue, Essen.
  - d) Sozialisierung und Konzerne. Referent: Dr. C. G. Stein, Stuttgart.
2. Aufgaben und Bildung der Betriebsräte. Referent: Robert Dörmann und Engelbert Graf, Stuttgart.

Zum ersten Male treten die Betriebsräte der Metallindustrie zu einem Reichskongress zusammen. Wirtschaftsprobleme, die für unsere Zukunft von größter Bedeutung sind, werden dem Kongress in erster Linie beschäftigen. Ebenso werden die Aufgaben und Bildungsmöglichkeiten der Betriebsräte eine eingehende Behandlung finden. Gehört die Metallindustrie zu einem der bedeutendsten Zweige der Wirtschaft, so kommt auch dem bevorstehenden Kongress eine entsprechende Bedeutung zu.

530 Delegierte sind zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur aktive tätige Betriebsräte, für deren Betriebe die vor Monaten ausgegebene Betriebsräte-Kartothek-Karte ausgefüllt und an die Organisation eingeschickt wurde. Das nähere Wahlreglement zur Delegiertenwahl wird noch ausgegeben.

Der Vorstand.

## Gescheiterte Verschmelzung

Die Urabstimmung über den Zusammenschluß der Verbände der Bäcker und Konditoren, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer und Berufsgehilfen hat am 9. Oktober folgendes Ergebnis gezeitigt: Es stimmten für den Zusammenschluß im Verbande der Bäcker und Konditoren 18.138, im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband 18.421, im Fleischerverband 9156, insgesamt 41.715 Mitglieder. Gegen den Zusammenschluß stimmten 5349 bzw. 21.156 bzw. 552, insgesamt 27.056. Da jedoch im Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter von den Abstimmenden die Mehrheit gegen den Zusammenschluß votierte, so ist die Verschmelzung dieser drei Verbände gescheitert.

Die Wahlbeteiligung war sehr schwach; von den vorhandenen 173.000 Mitgliedern haben nur 69.017 von dem Recht der Abstimmung Gebrauch gemacht. Am besten war die Beteiligung im Brauerei- und Mühlenarbeiterverband mit mehr als 50 v. H., im Fleischerverband betrug sie 41,3 v. H., weit zurück mit 29,62 v. H. blieb aber der Bäcker- und Konditorenverband. Es

## An die arbeitende Jugend Berlins

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen bezieht am 30. Oktober den

### Internationalen Jugendtag

In diesem Tage werden unsere jungen Arbeitsbrüder und -Schwestern hier und jenseits der Grenzen ein begeistertes Beileben ablegen

für den völkerverwahnenden internationalen Sozialismus. Sie erheben mit uns ihre Stimmen gegen Militarismus und Völkerverwahnung.

Mit uns fordern sie den Schutz des jugendlichen Arbeiters und der Arbeiterin. Mit uns kämpfen sie für die Befreiung des Proletariats

aus den Fesseln des Kapitalismus, für die allumfassende sozialistische Internationale.

### Arbeitende Jugend Berlins!

Gestaltet diese Feier zu einer Massenfundgebung der sozialistischen Jugend gegen Reaktion und Kapital!

Erscheint vollzählig zur Feier des

### Internationalen Jugendtages

in den Müller-Festhallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, am Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr!

Soz. Proletarier-Jugend.

Zentrale Berlin-Brandenburg.

hat sich nicht bewährt, was von den Verschmelzungsfreunden fortwährend behauptet wurde, daß die Massen für den Zusammenschluß fordern. Die Urabstimmung hat im Gegenteil bewiesen, daß besonders in den Großstädten eine große Interesselosigkeit besteht. Diese Interesselosigkeit ist um der Sache wegen unendlich zu bedauern. Wir gestehen, kein Verständnis für den Partikularismus der Gegner der Verschmelzung aufbringen zu können. Der Zeit bleibt es nun überlassen, eine bessere Einsicht in die Wichtigkeit dieser Frage heranzureifen zu lassen.

## Zur Hilfsaktion in Rußland

Der Reichsverband der R. A. G. in Oberschöneweide ersucht uns um Aufnahme folgender Listen, um die folgenden Berichte der „Roten Fahne“ einzuschließen.

Der Rosskreis unserer Brüder aus Rußland hat auch die Arbeiter- und Angestelltenschaft der R. A. G. Oberschöneweide auf den Plan gerufen. Durchdrungen von dem Gefühl der Solidarität, beschlossen sie in einer Betriebsversammlung nach Rücksprache mit der Gewerkschaftskommission nahezu einstimmig für die Rußlandhilfe einen 50-Pfennigwagen zu leisten. Die Mittel hierzu sollten durch Zeichnung eines Tagelohnes aufgebracht werden. 1500 Arbeiter und Angestellte brachten den Betrag von circa 60.000 Mark auf. — fährte ein schönes Zeichen von Opferwilligkeit. Da aber der Wagen weit mehr kostete, als obige Summe, so erklärte sich die Leihgesellschaft der Dinow-Werke, Tempelhof, der Kaa-Werke, Lichtenberg, und der Firma Lange & Gutzeit, Berlin, bereit, bei der Aufbringung der Mittel behilflich zu sein. — Und das Werk gelang.

Der Wagen wurde an das russische Rote Kreuz geliefert und ist am 15. Oktober nach Rußland abgegangen. Ihn begleitet ein Mitglied des Betriebsrats der R. A. G., der von einer Funktionärerversammlung gewählt wurde und die Pflicht hat, darüber zu wachen, daß der Wagen auch tatsächlich in den Hungergebieten verwendet wird.

Zum Schluß sei bemerkt, daß die Meldung der „Roten Fahne“, die Arbeiter hätten durch Leistung von Ueberstunden den Wagen bezahlt und der Vertreter sei durch eine Betriebsversammlung gewählt, der Wahrheit nicht entspricht.

## AWA-Funktionäre!

Heute Dienstag, abends 7 Uhr, findet im Schultheiß-Ausgang, Neue Jakobstraße 24/25, Partieretee, eine AWA-Funktionärerversammlung der Angestellten der Gesundheitsindustrie statt. Da wichtige Fragen zur Verhandlung stehen, ist das Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt notwendig. Funktionärsausweis eines AWA-Verbandes legitimiert.

AWA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

## Schlichtungsausschuß Groß-Berlin

Die Wahl des Kuratoriums für den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat in der Zeit vom 6. bis 20. September 1921 stattgefunden.

Die Liste der Arbeitgebervertreter, angefangen mit dem Namen Geh. Reg.-Rat Schluppmann, und die der Arbeitnehmer, angefangen mit dem Namen Otto Ziska, ist gewählt.

Weitere Listen waren nicht eingereicht. Die konstituierende Sitzung findet am Dienstag, den 26. Oktober 1921, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, R. 39, Kleber Str. 5-8, statt.

Buchbinder, Vertrauensleute, Betriebsräte der Buchdruckereien, Geschäftsbuchdrucken und Buchbindereien! Am Mittwoch, den 26. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in den Dranien-Festhallen (Graumann), Raunowstr. 27, eine Vertrauensmänner-Sitzung statt. Tagesordnung: Die Aussperrung im Buchdruckgewerbe. Es haben unbedingt alle obengenannten Vertretungen zu erscheinen. Keine Werkstube darf unvertreten sein. Die Ständendeckung.

N. S. Kollegen! Beachtet die nächsten Tage den Versammlungsanzeiger der drei Arbeiter-Tageszeitungen.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24, die Bierzelebrations-Generalversammlung statt. Pflicht aller Delegierten ist es, in dieser Versammlung bestimmt zu erscheinen.

Steinleger und Berufsgehilfen. Zu § 5 des Tarifvertrages für das Steinlegergewerbe von Berlin und der Provinz Brandenburg wurden in Abänderung der Vereinbarung vom 22. September 1921 die Stundenlöhne in drei Raten erhöht, wovon der Verband nähere Auskunft gibt. Die Akkordlöhne für Steinhauer erfahren eine Erhöhung von 17,2 Prozent gegenüber dem im Tarifvertrag stehenden Satz für die Zeit vom 1. Oktober 1921. Eine weitere Erhöhung tritt zunächst für die Zeit nach dem 28. Oktober d. J. nicht ein.

Klempner! Die tarifliche Vereinbarung vom 19. Juli 1921, abgeschlossen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Zentralheizungs-, Gas- und Wasserleitungsachtmännern, Klempnergewerbe Groß-Berlins einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, andererseits, ist mit Wirkung vom 15. August 1921 vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden.

## Parteiveranstaltungen

Reichsverband Berlin-Brandenburg. Wegen der Generalversammlung der Raufanggenossenschaft fällt die für Mittwoch angelegte Zentralversammlung aus. Die Geschäftsleitung.

### Dienstag, 25. Oktober

Charlottenburg. Die Funktionärerversammlung findet nicht bei Schützer, sondern bei Deide, Am Lügen, abends 7 Uhr statt. Vortrag: Die Lehren der Stadtverordnetenversammlung.

Reichsverband-Berlin. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderjugendkommission im Volkshaus.

### Mittwoch, 26. Oktober

5. Verwaltungsbereich, 15., 16., 17. Bezirk. Bildungsausschüsse. Abends 7 Uhr Sitzung bei Mühlberg, Petersburger Str. 5.

Neutölln. Sitzung der Kommunalen Kommission. Abends 7 Uhr im Stadtniederbrennungspokal im Rathaus. Alle in der Hochfahrtsperiode tätigen Genossen sowie die gewählten Bezirks- und Stadtverordneten sind dazu eingeladen.

## Bereinskalender

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Die Gruppen- bzw. Agitationsgruppen haben bis spätestens Mittwoch Zeit und Treffpunkt zum Internationalen Jugendtag bekannt zu geben.

### Mittwoch, 26. Oktober

Deutscher Verkehrsverband. Abt. Post, Fernsprech- und Telegraphenpersonal für den D. V. T.-Bezirk Berlin, Funktionäre und Betriebsräte sämtlicher Telegraphen-Abteilungen des T. V. T. B. und T. V. T. B. des Fernschreiberwesens und Posttelegraphenwesens. Abends 7 Uhr Funktionärerversammlung im Vereinshaus Götze-Platz, Juch. Juch. Reichstr. 15. Die Tagesordnung enthält u. a.: Stellungnahme zum neuen Arbeitsvertrag u. a. — Abends 8 Uhr allgemeine Sektionsmitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Saal 4 (gegenüber Saal). Tagesordnung: 1. Nähere wirtschaftliche Lage und die neuen Gehalts- und Lohnforderungen. 2. Organisationsangelegenheiten.

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Des Reichsverbandes Berlin-Brandenburg für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: H. Kubner, Berlin; für den Internationalen und geschäftlichen Mitteilungen: Ludwig Kammann, Charlottenburg. — Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin E. 2, Breite Straße 8-9.

**Pfeil-Spar-Glühkörper**  
Man fordere ausdrücklich Pfeil-Spar-Glühkörper und achte auf die Pfeil-Schutzmarke  
**25% Gas-Ersparnis**